

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 1078.

Anzeigen die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgehälter sind an Otto Schms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Brauchen wir noch eine staatliche Bewirtschaftung der Papiergarne? — Gegen Treu und Glauben! — Rumänien als Absatzgebiet für Papiergewebe. — Zellwolle. — Die Arbeitskammervorlage vor dem kritischen Punkt. — Rette Arbeitervertreter. — Aus der Textilindustrie. — Kriegsgewinne der Textilattiengeellschaften. — Gesundheitspflege. — Berichte aus Fachkreisen. — Verbandsanzeigen. — Privatanzeigen.

den Heeresbedarf hinaus frei, so haben alle Textilfabriken auf die Verarbeitung dieser Rohstoffe Anspruch, die Aufträge und Arbeitskräfte dafür haben.

Uns wird mitgeteilt, daß wir geradezu ersaufen sollen in den Mengen Papiergarn, die vorhanden sind, und es wird die Wirtschaft der „Baga“ angesehen als eine Gefahr für die ganze Papiergarnindustrie. Wer, so fragt die „Papiergarnindustrie“ ist regreßpflichtig, wenn durch diese Wirtschaft der „Baga“ im Falle eines baldigen Friedensschlusses ungeheure aufgestapelte Papiergarnmengen entwertet werden? Will die „Baga“ eine solche wirtschaftliche Katastrophe in der Papiergarnindustrie verschulden? Warum gibt sie das Papiergarn, das den stillgelegten Betrieben in großen Quantitäten fortgesetzt angeboten wird, nicht frei? Ende des vorigen Jahres verlangte man in einer Sitzung des Kriegsausschusses für Textilfabrikstoffe, die Reichstagsabgeordneten sollten im Reichstage dafür eintreten, daß das Zeitungswesen erheblich eingeschränkt werde, um Zellulose zu sparen für die Spinnpapierzeugung. Damals wurde, zwar nicht von der „Baga“, grau in grau gemalt. Und nun, wie gesagt, sollen wir soviel Papiergarn haben, daß es angeboten wird wie Sauerbier und daß die Besitzer desselben bangen vor der wirtschaftlichen Katastrophe, die ihnen droht, wenn sie der Friede noch im Besitz der Garnmengen trifft.

Und auf der anderen Seite haben wir Tausende von Betrieben, die gern das Papiergarn verarbeiten würden. Ein Unternehmer aus Greiz war untröstlich, daß es ihm unmöglich gemacht wird, seine paar alten Weber, die er noch hat, weiterbeschäftigen zu können. Aufträge hätte er. Er sollte Papiergewebe anfertigen zum Ausschlagen von Kindertagen. Kindertagen werden doch weiter gebraucht, also wäre doch wieder ein Verwendungszweck da für das aufgestapelte Garn. Aber nein, nur Höchstleistungsbetriebe dürfen produzieren; auch für den Privatbedarf. Ein Unternehmer in Schlesien erzählte, seine Arbeiter kämen ihm fortgesetzt in den Hofgelaufen und bettelten, sie doch arbeiten zu lassen. Er könne ihnen das nicht ermöglichen, Dierig gestatte es nicht, der befürchte für seinen Betrieb die Arbeitskräfte zu verlieren, wenn auch in anderen Betrieben gearbeitet wird. Deshalb bliebe er mit seinem und blieben andere schlesische Unternehmer mit ihrem Betriebe stillgelegt. Wie kommt man nun darauf, zu sagen, Dierig, gemeint ist die Firma Christian Dierig in Langenbielau, gestatte es nicht, daß andere Betriebe in dortiger Gegend weiterarbeiten können? Weil, wie uns mitgeteilt wird, dort allgemein die Auffassung besteht, Herr Dr. Dierig, der zugleich Leiter der „Baga“ ist, sei es, der verfügt habe, daß nur Höchstleistungsbetriebe die für den bürgerlichen Bedarf freigegebenen Garne verarbeiten dürften. Diese Auffassung ist unserer Ansicht nach wohl irrig; man braucht sich aber nicht zu wundern, daß sie aufgetaucht ist und auch überall geglaubt wird. Es ist eben unserer Meinung nach nicht richtig, daß man Industrielle, wie Herr Dr. Dierig, an solche exponierte Stellen bringt. Die Verwaltung der „Baga“ gehört nicht in die Hand eines Mannes, der so eng mit einem der größten Textilbetriebe Deutschlands verbunden ist. Das Papiergarn ist ein Inlandsprodukt, das wir, wie uns jetzt aus Anlaß der Faserstoffausstellungen duzendmal gesagt wurde, in völlig ausreichenden Quanten herstellen. Da ist eine solche Bewirtschaftung nicht nötig. Und wenn man sie schon für nötig hält, dann lege man sie nicht in die Hände eines einzelnen Großindustriellen, sondern lege sie in die Hände eines Ausschusses, der sich zusammensetzt aus zwei Vertretern des B. V. A., je einem Vertreter der Unternehmer von Höchstleistungs- und stillgelegten Betrieben und der Arbeiter. Ein Ausschuss von dieser Zusammensetzung würde die Gewähr bieten, daß allen Interessen Rechnung getragen würde. Es muß schon gesagt werden, daß es ein unerträgliches Gedankengewand ist, den Mitinteressenten eines der größten Höchstleistungsbetriebe an der Leitung einer Kriegswirtschaftsstelle zu sehen, die anordnet, daß Papiergarne für Waren des bürgerlichen Bedarfs nur in Höchstleistungsbetrieben verarbeitet werden. Es ist ganz gleichgültig, ob die Anordnung von der einzelnen Person ausgegangen ist oder nicht. Draußen, wo die Unternehmer der stillgelegten Betriebe mit den täglich größer werdenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfen, wo viele schon fühlen, wie ihnen die Krawatte allmählich zugezogen wird, wo die Arbeiter in die

Fabrikhöfe rennen und um Arbeit flehen, weil sie bei der ungenügenden Unterstützung verkommen; draußen wird man stark nervös. Und da man nichts anderes sieht und hört von dem Zustandekommen der Anordnungen, so sieht man eben nur die Person, welche die Sache leitet, und die zieht man zur Rechenschaft.

Die Verhältnisse in der Bewirtschaftung des Papiergarnes sind unhaltbar geworden. Man gebe das Papiergarn in größerem Umfange für den bürgerlichen Bedarf zur Verarbeitung frei, für alle Betriebe, die dazu bereit sind. Das Abschneiden der stillgelegten Betriebe von den Privataufträgen ist ein noch empörenderes Unrecht, als die Stilllegung der Textilbetriebe an sich.

Gegen Treu und Glauben!

Schon in Friedenszeiten wurden in der Textilindustrie Löhne gezahlt, die zu den in anderen Industrien gezahlten ausfallend niedrig waren und die zu den Lebensaufwendungen der Arbeiterschaft im kräftigsten Mißverhältnis standen. Die Folgen dieser niedrigen Entlohnung äußerten sich in der schlimmsten Form in der Textilarbeitererschaft. Der Bürger der Menschheit, die Lungentuberkulose, fand in der durch Unterernährung leidenden Textilarbeitererschaft einen breiten Herd. Diese traurigen Lohnverhältnisse gestalteten sich bei Ausbruch des Krieges noch ungünstiger; die Löhne wurden vielfach unter dem Hinweis, „daß doch Krieg sei“, von den Unternehmern in der gewissenlosesten Weise gefürzt. Als dann infolge der Streckung der Rohstoffe die Produktionsbeschränkungen einsetzten, schrie die Not der Textilarbeiter geradezu zum Himmel. Es war deshalb Pflicht, die Öffentlichkeit auf die unwürdige Entlohnung der Textilarbeiter hinzuweisen und von den Kriegsbehörden zu fordern, daß sie für eine angemessene Entlohnung der Textilarbeiter sorgen möchten. Die Regelung der Lohnverhältnisse dem „freien Spiel der Kräfte“ zu überlassen, hieße bei den gegenwärtigen anormalen Produktionsbedingungen die schlimmsten Gefahren für die Wohlfahrt eines großen Teiles unseres Volkes heraufbeschwören, wenn nicht noch schlimmeres. Nicht überall haben die Behörden tatkräftig für eine gesunde Regelung der Lohnverhältnisse gewirkt, und wo sie es taten, war ihre Tätigkeit oft getragen von großer Ungerechtigkeit.

In einem größeren Umfang und mit besserem Erfolg wirkte das Königl. Bayerische Kriegsamt, indem es ihm im vorigen Jahre gelang, für Bayern und Württemberg für die in der Papiergarnverarbeitung Beschäftigten eine Lohnregelung herbeizuführen.

Den festgelegten Lohnsätzen haftet jedoch der Mangel an, daß sie vollkommen unzureichend sind. Hinzu kommt dann noch, daß die Unternehmer den abgeschlossenen Tarif nicht in allen seinen Teilen einhalten. Es ist deshalb notwendig, daß wir uns an dieser Stelle einmal mit dem bezüglichen Lohnabkommen beschäftigen.

Als im vorigen Jahr für die Papiergarnindustrie in Bayern mit den Textilindustriellen ein Mindestlohntarif festgelegt war, konnte man nach den Ausführungen der Unternehmervertreter der Meinung sein, daß er auch eingehalten werden würde. Diese Hoffnung war jedoch eine trügerische und die Arbeiterschaft muß wiederum einmal einsehen, daß Unternehmerworten keine Bedeutung beizumessen ist. Der im vorigen Jahr abgeschlossene Mindestlohntarif sollte nur eine Lohngrenze bilden, unter welcher auch der minder leistungsfähige Arbeiter nicht entlohnt werden darf. Der Durchschnittsarbeiter und der Mehrleistungsfähige dagegen sollte wesentlich über diese Mindestsätze hinaus verdienen können. Das war die Auffassung der Unternehmer- und Arbeitervertreter, welche das Lohnabkommen vom 2. Juli 1917 getroffen haben. Nachdem nunmehr der Tarif 11 Monate in Kraft getreten ist und die Wirkung desselben sich genau übersehen läßt, ist einwandfrei festgestellt, daß die Unternehmer in der Praxis die Mindestlohnsätze in Maximalsätze verwandelt haben. Durch allerlei Kniffe, welche die Unternehmer anwendeten, war dieses möglich. Wir wollen hier zum Beweis nur einige Beispiele anführen. Eine Anzahl Betriebe halten die Akkordlohnsätze sowie die Lohnsätze überhaupt so niedrig, daß die Arbeiter mit denselben die Mindestlöhne nicht erreichen. Die Spannung, welche dann zwischen dem Mindestlohn und dem wirklich verdienten Lohn offen bleibt, wird durch besondere Kriegszuschläge, Teuerungszuschläge usw. ausgeglichen. Die Seilerwarenfabrik Bamberg z. B. zahlt einen Lohn von 17,68 Mk. pro 14 täglicher Lohnzahlung. Zu diesem kommt dann eine Kriegsteuerzuschulage von 20 Proz., dann noch eine erweiterte Teuerungszuschulage, eine Ergänzungskriegszuschulage und endlich noch sonstige Zuschläge. Die gesamten Zuschläge bilden in der Regel einen höheren Satz, als der Grundlohn beträgt. Mittels dieser Zuschläge wird dann die Spannung zwischen Mindestlohn und wirklich verdientem Lohn ausgeglichen. Dieses bedenkliche Verfahren der Lohnzahlung wird aber nicht nur in der Seilerwarenfabrik Bamberg, sondern auch noch in anderen Betrieben

Brauchen wir noch eine staatliche Bewirtschaftung der Papiergarne?

Diese Frage drängt sich jedermann auf, der sich mit der immer ernster werdenden Situation in der Textilindustrie beschäftigt; und das zu tun sind nicht nur die arbeitslos gewordenen und vor der Arbeitslosigkeit stehenden Arbeiter, sondern auch die Inhaber der stillliegenden Textilbetriebe genötigt. Die Arbeitslosigkeit nimmt täglich zu, denn die Papiergarnverarbeitung, auf die so große Hoffnungen gesetzt worden waren, ist ganz bedeutend zurückgegangen, weil die Heeresverwaltung nur noch verhältnismäßig kleine Aufträge vergibt. Seitdem im Osten die kriegerischen Operationen aufgehört haben, ist der Bedarf stark zurückgegangen. Und nicht nur das: die Demobilisierung bisher feindlicher Streitkräfte hat dort freigelegene Waren zur Verfügung unserer Kriegswirtschaft gebracht. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, beträgt die bis Oktober vergebene Menge an reinem Papiergarn pro Tag und zugelassenem Stuhl noch nicht einen Meter. Daraus kann man das Glend der Arbeitslosigkeit ermessen, welches der Textilarbeitererschaft bevorsteht.

Nun entfällt die Frage: Kann denn nun nicht Papiergarn freigegeben werden für den Privatbedarf? Gewiß kann das geschehen und es ist bereits geschehen; aber es ist unserer Ansicht nach in völlig unzureichender Menge geschehen. Anfang Mai d. J. erhielten wir von einem Inhaber stillgelegter Betriebe ein Schreiben, in dem er freudig bewegt zum Ausdruck brachte, daß nun doch wohl, wenigstens auf dem Gebiete der Papiergarnverarbeitung, eine Erleichterung der bisherigen starren Bewirtschaftung durch die Kriegsrohstoffabteilung eintreten werde. Er habe gehört, daß die Sektion „Baga“ jetzt Papiergarn freigeben wolle, um den stillliegenden Betrieben zu ermöglichen, über die schwere Zeit hinwegzukommen. Und der Mann beklagte sich nur bitter, daß nun wieder eine andere Kriegsbehörde, die Riemenfreigabestelle, komme, welche die Riemen wegnehmen wolle. Dadurch, so meinte er, werde die löbliche Absicht der „Baga“ illusorisch gemacht. Hier möchten wir zunächst einmal einschalten, daß die „Riemenfreigabestelle“ ihren Namen doch völlig zu Unrecht führt. Ihrer ganzen Tätigkeit nach ist sie doch keine Riemenfreigabe-, sondern eine Riemenwegnahmestelle. Es ist nun tatsächlich Papiergarn für Privatbedarf freigegeben worden; aber nicht zur Verarbeitung in bisher stillliegenden Betrieben, sondern, wie wir erfahren, nur zur Verarbeitung in sogenannten Höchstleistungsbetrieben. Nachstehendes Schreiben gibt Aufschluß:

Kriegsausschuß für Textilfabrikstoffe.

Berlin W. 8, 7. Mai 1918.

Betrifft: Erweiterte Freigaben von Papiergarn für den bürgerlichen Bedarf Baga P 181/5. 18. RM.

Auf Veranlassung der R. R. A. geben wir Ihnen von nachstehender Verfügung Kenntnis:

„Die derzeitige Lage auf dem Papiergarnmarkt ermöglicht es, Freigaben von Papiergarn in weiterem Umfange als bisher zu erteilen.

Mit Rücksicht auf den bürgerlichen Bedarf soll daher von einer Beschränkung der Freigaben auf dringenden kriegswirtschaftlichen Bedarf vorläufig abgesehen werden.

Die R. R. A. gibt anheim, Anträge auf Freigabe auf den vom Kriegsausschuß für Textilfabrikstoffe herausgegebenen Vorbrücken zu stellen. Genehmigt werden können jedoch nur solche Anträge, auf denen die Garnhersteller und Garnverarbeiter zu den zur Weiterarbeit bestimmten Betrieben in der Papiergarnindustrie gehören.

Es ist nicht in jedem Falle erforderlich, daß in dem Antrage angegeben wird, an wen die Ware geliefert werden soll. Vielmehr genügt gegebenenfalls eine genaue Angabe des Verwendungszweckes. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß eine Verarbeitung der für einen bestimmten Zweck freigegebenen Garne für andere Zwecke einer besonderen Genehmigung bedarf.“

Kriegsausschuß für Textilfabrikstoffe.

Daß man die stillgelegten Betriebe von den Heeresaufträgen fernhält, war schon ein großes Unrecht, aber daß man sie nun auch fernhält von den Privataufträgen, das ist unserer Ansicht nach ein Ueberschreiten der Befugnisse der „Baga“. Sind Textilrohstoffe über

geißt. Es ist nicht zu verwundern, daß durch ein solches Verfahren das ganze Abkommen über den Haufen geworfen wird. Das Verfahren der Arbeitgeber verstößt in jeder Hinsicht gegen **Treu und Glauben**. Dabei muß noch hervorgehoben werden, daß eine Reihe dieser Unternehmer persönlich an den Verhandlungen, welche zu diesem Lohnabkommen am 2. Juli 1917 führten, teilgenommen haben.

In anderer Hinsicht haben wir aber auch feststellen müssen, daß ein größerer Teil der Arbeitgeber noch Löhne zahlen, die wesentlich hinter diesen Mindestlohntarifen zurückbleiben. Eine Lohnenquete, welche das bayerische Kriegsamt veranstaltete, hatte folgendes Ergebnis:

Kreis	Anzahl der Betriebe	Durchschnittlicher Stundenverdienst	
		vom 1. 7. 17 bis 31. 12. 17	1. Lohnperiode im April 1918
Oberfranken . . .	10	39,6 Pf. männlich	32,1 Pf. weiblich
Pfalz . . .	3	44 " männlich	48,1 " weiblich
Schwaben . . .	11	53,7 " männlich	57 " weiblich

Diese Lohnaufstellung zeigt, daß die Pfalz niedrigere Löhne zahlt als Schwaben, und Oberfranken wiederum niedrigere Löhne als die Pfalz. Nach anderer Seite zeigt die Aufstellung, daß in Schwaben die Verdienste um weniges über die Mindestlöhne hinausgingen, währenddem sie in Oberfranken wesentlich hinter den Mindestlöhnen zurückblieben. Dieser Zustand bedarf dringend der Abänderung. Die Arbeiterchaft muß jetzt alles daran setzen, den Mindestlohntarif so zu gestalten, wie dessen Gestaltung bei Festlegung desselben gedacht war. Die Arbeiterchaft ist verpflichtet, von den Arbeitgebern zu verlangen, daß die Affordlöhne so gestellt werden, daß die Arbeiter wesentlich über die Mindestlöhne hinaus verdienen können. Ebenfalls müssen die Stundenlöhne der Durchschnittsarbeiter wesentlich höher stehen als die Mindestlöhne. Die Arbeiterchaft wird jetzt in allen Betrieben zu dieser Frage erneut Stellung nehmen müssen.

Durch die letzten Verhandlungen im Kriegsamt mit den Arbeitgebern wurden die Mindestsätze um 5 Pf. pro Stunde erhöht. Diese Erhöhung entspricht keineswegs den gestiegenen Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreisen. Ja, die Löhne selbst stehen zu den gegenwärtigen Preisverhältnissen in keinem Verhältnis. Die Mindestlöhne betragen für die Zukunft:

Altersgrenzen	Ortsklasse I		Ortsklasse II	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
14-16 Jahre . . .	30 Pf.	30 Pf.	28 Pf.	28 Pf.
16-18 " . . .	43 " "	37 " "	40 " "	34 " "
üb. 18 " . . .	55 " "	43 " "	52 " "	40 " "

Die Lebensmittel sind seit Kriegsausbruch im Reichsdurchschnitt um 130 Prozent gestiegen, die Bedarfsartikel (Kleider, Schuhe usw.) vielfach um den zehnfachen Betrag. Es ist mindestens eine Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter um 200 Proz. eingetreten. Als Ausgleich hierfür wird dem Arbeiter nur eine 60- bis 70proz. Lohnerhöhung gewährt. Die Verschlechterung der Lebenshaltung der Textilarbeiter in einem solchen Maße muß die schlimmsten Wirkungen auslösen. Bei den Lohnfestlegungen wurde jedenfalls mehr der von keinerlei sozialer Empfinden getragene Interessensstandpunkt der Arbeitgeber gewahrt, als auf die Wohlfahrt einer großen Volksschicht Rücksicht genommen. In dem großen gigantischen Kampf unseres Volkes, in welchem die Kriegsnöte so mannigfaltig den eingekerkert bedrückten, sollte Licht und Schatten gleichmäÙig verteilt werden, und es ist eine heilige Pflicht aller, dafür zu sorgen, daß auch die Textilarbeiter so entlohnt werden, daß die Voraussetzung einer geordneten Lebensführung gegeben ist. Bei den jetzt festgesetzten Lohnsätzen ist diese Möglichkeit nicht gegeben. Es ist deshalb kein Wunder, wenn z. B. der Chemnitzer Schularzt festgestellt hat, daß die Tuberkulose sich bei den Kindern, die in die Schule eintraten, verdoppelt und bei denen, die sie verlassen, verdreifacht hat. Solche Erscheinungen sind die Folgen einer schlechten Entlohnung.

Bei dieser Lohnaufbesserung von 5 Pf. pro Stunde glaubten die Unternehmer aber noch besonders betonen zu müssen, daß diese Löhne für die Uebergangswirtschaft nicht bestehen bleiben könnten. Auch bei einer Verhandlung mit den Arbeitgebern in einem anderen Bezirk betonten dieselben das gleiche. Wenn man dann noch beachtet, daß eine Anzahl der Arbeitgeber die Mindestlohnsätze nur durch Gewährung von Teuerungszulagen zahlen, so beweist dies die schlimme Absicht derselben. Die Arbeitgeber der Textilindustrie bauen bereits zu einer Zeit vor, um die Löhne drücken zu können, in welcher die Gestaltung der Lebens- und Bedarfsartikelpreise nach Friedensschluß sich in keiner Weise übersehen läßt.

Rumänien als Abatzgebiet für Papiergewebe.

Es sind jetzt rumänische Einkäufer hier, die versuchen, auch Textilwaren zu kaufen. Der Redaktion des „Konfektionärs“ gaben die Einkäufer über die Geschäftslage folgende Schilderung:

„Rumänien schwamm im Gelde, als der Krieg ausbrach. Alle verständigen Leute waren unbedingt der Ansicht, daß schon aus rein wirtschaftlichen Gründen — Rumänien neutral bleiben müsse, denn die Verdienste der rumänischen Landwirtschaft und von Handel und Industrie hätten sich dann noch ganz außerordentlich gesteigert. Aber der Einfluß der Seeher war ja leider stärker, und nun hat Rumänien eine ungeheure Milliarden-Schuldenlast. Aber trotzdem ist das Geschäft noch immer recht gut und vor allem sehr zukunftsreich. Es ist ganz bedeutender Bedarf in den verschiedensten Artikeln vorhanden, die ja jetzt die Rumänen nur von den Mittelmächten kaufen können. Die Parole heißt lediglich: **Ware**. Wir kaufen hier in Deutschland, was wir nur bekommen können.“

Freilich ist das infolge der bestehenden Warenknappheit und vor allem der Ausfuhrverbote nicht allzuviel. Wir würden vor allen Dingen gern große Posten von Papiergeweben kaufen, die sich jetzt auch in Rumänien immer mehr einbürgern, wenn wir dafür die Ausfuhr erlauben bekommen würden. Wir hoffen allerdings, die erforderliche Ausfuhrerlaubnis hierfür doch in größerem Maße zu erhalten. Den deutschen Firmen ist doch schließlich auch damit gedient, wenn sie in der Lage sind, größere Mengen Papiergewebe, die hier zum Teilschwerverkauflich sind, auszuführen.“

Was das letztere anbetrifft, so liegen doch die Dinge so, daß wir geradezu ersticken in den Vorräten an Papiergewebe und daß es allerdings kein Wenig verstehen könnte, wenn keine Genehmigung

zur Ausfuhr gegeben würde. Indessen bei unseren Kriegswirtschaftsstellen ist kein Ding unmöglich. Da gibt es nämlich Herren, die meinen, der Auslandshandel müsse sich absolut so abwickeln, wie sie es sich vorstellen. Und wenn es nicht so geht, weil sich der ausländische Einkäufer nicht dazu versteht, nach der Pfeife preussischer Bureaukraten zu tanzen, so wird der deutschen Industrie das beste Geschäft zerschlagen und außer Landes getrieben. Es ist das neulich geschehen bei einem Auftrag von 3 Millionen Papiergewebesäcken nach einem verbündeten Lande. Da kamen unsere Bureaukraten, mischten sich in ein rein privates Geschäft hinein, und zwar in einer Frage, die sie gar nichts angeht — denn es geht keinen Teufel etwas an, ob der Verkäufer dem Käufer gewisse Vergünstigungen gewährt — und erreichten damit, daß das Geschäft nicht zustande kam, die Einkäufer vielmehr nach Oesterreich gingen und dort das Geschäft so abschlossen wie sie es wünschten. Unsere Textilfabriken aber, die veröden immer mehr und unsere Textilarbeiter verkommen. Es wurde uns bekannt, daß schon wieder in einem ähnlichen Falle, wo es sich ebenfalls um den Einkauf eines großen Postens Papiergewebesäcke handelt, solche, das Geschäft gefährdende Schwierigkeiten gemacht worden sind. Wir betonen, daß keine Behörde ein Recht hat, sich in rein geschäftliche Fragen zwischen Verkäufer und Käufer zu mischen. Sie hat nur die Frage zu prüfen, ob unser Warenbestand es gestattet, Ware auszuführen; wer sie ausführt und zu welchen Kaufbedingungen sie hinausgeht, das ist lediglich Sache der Kontrahenten. Man sollte sich freuen, daß wir die Riesmengen Papiergewebe los werden, um unsere Fabriken zu entlasten und sie frei zu machen für neue Arbeit.

Zellwolle.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ vom 1. Juni 1918 bringt einen Aufsatz über den Streit um Wert und Zukunft von Zellwolle. Der Aufsatz entstammt der Baumwoll-Ersatzprodukte-Studiengesellschaft m. b. H. in Berlin, die im Besitze des Verfahrens ist, nach welchem unsere gewöhnlichen Spinnereimaschinen in Deutschland zur direkten Verarbeitung der Zellulosefaser herangezogen werden können. Wie wir erfahren, haben sich bereits 48 maßgebende Werke dem neuen Verfahren angeschlossen. Es ist dies die Erzeugung der Spinnfaser bzw. ihre Verpinnung, welche der Herr Reichssekretär Graf v. Bodoern im Auge hatte, als er im Reichstag vor einiger Zeit sagte, wir seien in der Lage, uns vom Rohbaumwollmarkt unabhängig zu machen. Da wir in der vorigen Nummer des „Textilarbeiters“ über Zellwolle und Zellulosegarne geschrieben, wird es für unsere Leser gewiß von Interesse sein, nun auch über das Garn aus der Zellstoffwolle etwas zu hören. In dem oben erwähnten Artikel der „B. B. Z.“ heißt es:

„Die Gewebe, die wir erzeugen, sind äußerlich genau so geschmeidig, warm, wie gewöhnliche Anzugstoffe oder Unterkleidung, und nur der Fachmann findet, daß sie nur zu kleinen Teilen aus zerrissenen Lumpen, im übrigen aus Holzzellulose bestehen. Im allgemeinen ist über Gewebe-Ersatz-Erfindungen zu bemerken: Es gibt drei Methoden, um aus kurzen Fasern, wie Holzschliff, ein Garn zu erzeugen: 1. Man schneidet auf gewöhnliche Weise hergestelltes Papier in schmale Streifen und dreht diese nach entsprechender Feuchtigung zu Garn zusammen. 2. Man trocknet das Papier nicht fertig, sondern verwendet Streifen aus einem Zwischenstadium der Papierfabrikation, solange sie noch eine gewisse Feuchtigkeit besitzen und dreht diese Streifen zu Garn zusammen. 3. Man verpinnert den Holzschliff unter einem gewissen Zusatz von längeren Fasern auf der Krempel. Unter Gruppe 1 fallen die große Menge der heute hergestellten Papiergarnerzeugnisse, außerdem das sogenannte Textilloseverfahren, letzteres unter Verwendung eines feinen Jaseranzugs, der auf das Papier aufgelegt und mit diesem zusammengedreht wird. Unter Gruppe 2 gehören die Dr. Kellner, Reinweber, Pieper, das Türkische Zelluloseverfahren und andere vorgelegene Verfahren. Sie bilden insofern gegenüber der Gruppe 1 einen gewissen Fortschritt, als sie sich bezüglich Festigkeit etwas besser verhalten als die erste Gruppe. Immerhin verleugnen auch diese Erzeugnisse nicht, daß sie auf der Papiermaschine entstanden sind. Eine Ware, die in bezug auf Aussehen, Griff, Wärmehaltung und Waschbarkeit mit einem normalen Textilerzeugnis auch nur annähernd den Vergleich aushält, kann nach den unter 1 und 2 genannten Verfahren nicht hergestellt werden. Dies ist vielmehr nur möglich nach dem Verfahren nach Gruppe 3 dadurch, daß man die Fasern in normaler Weise über die normalen Spinnmaschinen schiebt. Es sind bereits eine Reihe von Betrieben im Gange, welche derartiges Garn für Militärzwecke herstellen. Die Erfinder des Verfahrens sind Ingenieur Scherbaß, Leiter unserer Gesellschaft, und Ingenieur Lutz. Der Reichssekretär hat sich im Valutainteresse mehrfach von uns und durch Sachverständige über die Produkte informieren lassen, ehe er in seiner Reichstagsrede auf die Möglichkeit der direkten trockenen Verpinnung in normalen Spinnereien hinwies.“

Die Arbeitskammervorlage vor dem kritischen Punkt.

Im Ausschuß des Reichstags für Vorbereitung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend Errichtung von Arbeitskammern kam es am Dienstag, den 11. Juni, zu einem Konflikt mit der Regierung. In der Sitzung vorher war mit 15 gegen 13 Stimmen beschlossen worden, die Arbeitskammern auf territorialer Grundlage zu errichten. Die Regierung ließ nun zu Beginn der Dienstagssitzung erklären, daß dieser Beschluß gar keine Aussicht auf Zustimmung der Regierung habe; gleichwohl zogen sie ihre Vertreter nicht zurück, in der Hoffnung, daß in der zweiten Ausschußberatung eine Verständigung, allerdings nur auf der Grundlage des Antrags Trimborn, erreicht werden könne; die Regierungsvertreter werden indessen bei der Beratung über die örtlichen Arbeitskammern lediglich Zustimmung geben und

auf Bedenken aufmerksam machen. — Die Regierung untertrich diese Erklärung durch die Abwesenheit sowohl ihres Staatssekretärs wie des Unterstaatssekretärs.

Diese Erklärung führte zu einer heftigen Auseinandersetzung mit der Regierung, aber auch zwischen den Parteien über die nächsten Schritte. Einmütig war der Ausschuß darin, daß es nicht angängig sei, trotz dieser herausfordernden Regierungserklärung die Beratung einfach fortzusetzen. Die sozialdemokratischen Vertreter beantragten Vertagung, um dem Plenum des Reichstages Bericht zu erstatten. Dazu wurde dargelegt, daß im Reichstag festzustellen wäre, ob die örtliche Arbeitskammern als Hauptfaktor der öffentlich-rechtlichen Arbeitnehmervertretung dort gestützt wird; ohne solche Klarstellung werde die Regierung nicht zu bewegen sein, von ihrer Facktkammer abzulassen. Dem wurde von den bürgerlichen Fraktionsvertretern die Auffassung entgegen gestellt, daß erst einmal den Fraktionen berichtet werden sollte, um, so fügte ein fortschrittlicher Abgeordneter hinzu, dann zunächst einmal mit der Regierung auch unter der Hand zu verhandeln. Gegen die Behauptung der Regierung und einiger Abgeordneter, die Regierung sei mit ihrer Stellung zum Antrag Trimborn bereits entgegengeworfen, stellte Siebel (Soz.) fest, daß der Antrag Trimborn nur eine sinngetreue Abschrift des ersten Regierungsentwurfs sei, der in diesen Punkten vom preussischen Ministerium verstimmt worden ist. Silberstein und Wissell (Soz.) wiesen vergeblich darauf hin, daß die gesamte Arbeitnehmerwelt den örtlichen Aufbau der Arbeitskammern verlange, um so mehr sei es notwendig, in dieser für die weitere Kommissionsberatung entscheidenden Frage vorweg eine Klärung durch Beschluß des Reichstages herbeizuführen. Angesichts der eindeutigen Regierungshaltung gegen örtliche Kammern überhaupt sei ein Weiterarbeiten nutzlos. In der Abstimmung fiel der sozialdemokratische Antrag gegen 8 Stimmen; der Antrag Siebel auf Vertagung zwecks Verhandlung in den Fraktionen wurde angenommen.

Wie vorauszu sehen war, will die Regierung vor den Schärmachern im Kapitalistenlager kapitulieren. Sie wird aber die Erfahrung machen, daß sie sich irrt, wenn sie glaubt damit einen Erfolg zu erzielen. Die ganze erwerbstätige Arbeitnehmerschaft, sogar die im gelben Lager, fordert territoriale Errichtung. Es kann sich also keine Partei, die nicht riskieren will, den letzten Anhang im arbeitenden Volke und unter den Angestellten zu verlieren, finden, welche für die Pläne der Kapitalisten eintritt. Arbeitskammern auf fachgewerblicher Grundlage sind keine Förderungsmittel sozialpolitischer Maßnahmen, sondern nur deren Hemmschuh. Und so was machen wir unter keinen Umständen mit. Haben etwa die Kapitalisten Handelskammern auf fachgewerblicher Grundlage? Man denkt dort gar nicht daran! Nur den Arbeitern will man wieder einmal ein papierenes Recht aushändigen, das praktisch keinen Wert hat. Dafür gewinnt man uns nicht.

Nette Arbeitervertreter.

Bekanntlich haben die Arbeitgebervertreter aufschärfste gegen die erfolgte Aufhebung des § 153 G. D. Front gemacht. Vom Standpunkt der nackten Interessenvertretung, der keine höheren Gesichtspunkte gelten läßt, kann man das Vorgehen der Arbeitgeber verstehen, wenn auch nicht billigen. Die Arbeitgeber wollen kein freies Koalitionsrecht der Arbeiter; sie geben in weitaus größter Mehrzahl von der Voraussetzung aus, daß ein unfreier Arbeiterstand am wenigsten zu fürchten ist.

Die Arbeitgeberverbände hatten in ihrem Widerstand gegen ein freieres Koalitionsrecht der Arbeiter „treue Sekundanten“, und zwar in den gelben Werkvereinen und in den Berliner katholischen Arbeitervereinen. Die gelben Werkvereine richteten sogar eine Immediateneingabe an den Kaiser gegen die Aufhebung des § 153 G. D., und die Vertreter der „Berliner“, Dr. Fleischer und Abgeordneter Kohnmann, reisten ins Hauptquartier, um unsere großen Heerführer scharf zu machen. Nutzloslos Begonnen! Die Organe der „Gelben“ und das Organ der Berliner Arbeitervereine, „Der Arbeiter“, brachten um die Wette Artikel gegen die Aufhebung des § 153. Dabei geben diese Organisationen vor, die Interessen der Arbeiter zu vertreten! Der § 153 ist gefallen und hat eine Fessel, welche den Arbeiterstand in seinem Aufstieg hinderte, beseitigt, trotz des einander würdigen Verhaltens der „Gelben“ und der „Berliner“.

Aus der Textilindustrie.

Die Arbeiter der Wollkammerei Georgh in Mhlau, vertreten durch den Arbeiterausschuß und den Geschäftsführer der Textilarbeiter, Schirmer, klagten vor dem Schlichtungsausschuß Plauen auf Abgabe eines Schiedsspruches über ihre eingereichten Forderungen. Verlangt wurde 50 Proz. Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. In der Angelegenheit hatte schon ein schriftlicher Austausch mit der Kriegsamtsstelle Leipzig stattgefunden. Von dort wurde die Sache ergebnislos an den Ausschuß verwiesen.

Der Klage war seitens der Arbeiter eine umfangreiche Begründung mit statistischen Belegen über die Durchschnittslöhne beigegeben. So betragen die Löhne in der Wollfortiererei 27 bis 30 Pf. Sockelohn 2 Pf. Hof- und Transportarbeiter 45 bis 48 Pf. Für die Wollentfeimung, die gesundheitschädlichste Arbeit, beträgt der Grundlohn 45-50 Pf. für männliche, 32 bis 34 Pf. für weibliche Arbeiter; dazu kommt noch eine Schmutz- und Zulage von 20 Pf. pro Stunde. Bei dem Auslesen der Roghaare gewinne es den Anschein, als ob die guten Wollen im Stundenlohn, die schlechten im Afford gearbeitet würden. Auch haben die Arbeiterinnen unter den nicht feststehenden Affordpreisen zu leiden, sie sind dadurch allzusehr der Willkür des Meisters ausgesetzt. Eine Verkürzung der Arbeitszeit sei nötig, da in keinem der Textilbetriebe Mhlau noch eine 62stündige Arbeitszeit bestehe.

Herr Direktor Georgi erklärte, daß in seinem Betriebe die für die Textilindustrie ortsüblichen Löhne gezahlt würden, soweit dies nicht der Fall, sei er bereit, diese zu erhöhen. Eine einheitliche Festsetzung von Affordpreisen sei nicht möglich, da es gute und schlechte Wollen auszuliefern gebe. Würde die Bezahlung eine gleiche sein, fehle der Anreiz zur Arbeit. Komme eine Arbeiterin nicht auf ihren Lohn, erhalte sie eine Gutschrift,

Der Sachverständige, Stadtrat **Merkel** in Mhlau, hatte ein schriftliches Gutachten abgegeben. Nach diesem werden die Löhne als ausreichend (1) für Arbeiterinnen bezeichnet. Nur für Schloffer und andere Berufsgruppen halte er den Lohn für zu niedrig. Bezüglich der Arbeitszeit sei im Mhlauer Bezirk die 58stündige üblich.

Geschäftsführer **Kollege Schirmer** begründet nochmals mündlich die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung. Im einzelnen weist er nach, daß die Firma niedrigere Löhne zahle als in anderen Betrieben Mhlaus üblich seien. Wenn die Leistungsfähigkeit der Arbeiter erhalten werden solle, so sei eine Arbeitszeitverkürzung und Erhöhung der bisher gezahlten Löhne unumgänglich nötig.

Nachdem mehrere Vermittlungsvorschläge gemacht worden waren, einigte man sich auf folgende Weise: Es werden in Zukunft bezahlt: an die Wollfortierinnen nicht unter 35 Pf., im Krempeljahr 38 Pf., in der Wäscherei und für Sädenähen 35 Pf., im Verpackungsraum 36 Pf. pro Stunde. Sämtliche männliche Arbeiter erhalten eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde, und die Schmutzzulage wird auf 25 Pf. pro Stunde erhöht. Von der Verkürzung der Arbeitszeit wird vorläufig Abstand genommen unter der Voraussetzung, daß den Arbeiterinnen, welche jetzt Sonnabends um 4 Uhr nach Hause gehen, dieses auch weiter gestattet ist.

Zwischen dem **Apoldaer Birkerverband** (Meisterchaft) und der **Mitgliederschaft Apolda** des **Deutschen Textilarbeiterverbandes** ist für die **Heimarbeiterinnen** ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Der Vertrag gilt für alle Fabrikanten und Meister sowie für alle Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen in Apolda, Bad Sulza und den in diesem Industriebezirk liegenden Landgemeinden. Darüber hinaus verpflichtet er alle Meister, Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen, die in Apolda für auswärtige Aufträge und außerhalb des oben genannten Gebiets für Apolda als Auftraggeber beschäftigt sind. Der Tarif enthält reine Löhne, welche an die Heimarbeiter bzw. Heimarbeiterinnen zu zahlen sind. Das Material einschließlich Zwirn wird dem Heimarbeiter bzw. der Heimarbeiterin vom Auftraggeber gestellt. Die Lohnvereinbarung bezieht sich nur auf Militärartikel (Militärdecken). Es ist eine Tarifkommission, bestehend aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern, eingesetzt worden. In besonderen Fällen kann sich die Kommission durch Zuwahl zu gleichen Teilen verstärken. Die Ueberwachung und Durchführung des Tarifs erfolgt durch den **Kriegs-Wirk- und Strichverband** in Berlin, der zu seiner Unterstützung die **Kriegsamtstelle** anrufen kann.

Von der **neuen Seidenernte** wird berichtet: Aus **Italien** lauten die Nachrichten im allgemeinen besser. Die **Bürmer** sind in dritter bis vierter Gattung und entwickeln sich bei günstiger Witterung und genügendem Laub ungestört und in regelmäßigem Fortgang, so daß eine gute Ernte mit verhältnismäßig reichlichem Ertrag in Aussicht ist. In **Frankreich** ist die Aufzucht stellenweise schon etwas weiter gediehen als in **Italien**, so daß gegen 5. bis 10. Juni die ersten neuen **Kokons** zu erwarten sein werden. Das Wetter ist neuerdings wieder günstig geworden und reichlich Laub vorhanden. Man rechnet mit einer sehr guten Ernte, die in jeder Beziehung der von 1916 gleichkommen dürfte, welche letztere besonders schön war. **Spanien** dagegen wird infolge ungünstigen Wetters nicht mehr als eine mittelmäßige Ernte haben. Auf das Ergebnis der **Welternte** allerdings ist dies bei der geringen Bedeutung **Spaniens** für die **Seidenerzeugung** nicht von besonderem Einfluß. Aus den anderen europäischen **Seidenbauländern** und aus **Kleinasien** liegen keine Berichte vor. **Japan** bestätigt die bisherigen guten Nachrichten, ebenso **China**; in **Kanton** erwartet man 500 Ballen von dieser zweiten Ernte. — Alles in allem wird also voraussichtlich **Seide** reichlich und gut zu erwarten sein.

Der **Hammerse-Nonzern** wächst weiter. Einem Privattelegramm zufolge gehört zu den **Unternehmungen**, die sich die **F. S. Hammerse N.-G.** in **Osnabrück** anzugliedern beabsichtigt, auch die **Königliche Baumwollspinnerei und Weberei** in **Köln**. Diese Gesellschaft mit einem **Aktienkapital** von 1 950 000 Mk. gehört zu den größeren Betrieben in der **deutschen Textilindustrie**. Die **Fabrik** arbeitet mit 63 000 **Spinnspindeln**, 7000 **Zwirnspindeln** und 538 **Webstühlen** und hatte einen jährlichen **Friedensverbrauch** von etwa 18 000 **Ballen Baumwolle**. Die **Gesellschaft** wurde bereits im **Jahre 1853** gegründet und hatte ursprünglich ein **Aktienkapital** von 1 **Million Talern** (3 **Millionen Mark**).

Die **Mechanische Leinenspinnerei und Weberei Aktien-Gesellschaft** in **Memmingen** soll **aufgelöst** werden. Zu diesem Zweck wird eine außerordentliche **Generalversammlung** einberufen, die über den **Verkauf der Fabrik** und die **Auflösung der Gesellschaft** beschließen soll. Das **Unternehmen** wurde im **Jahre 1872** gegründet.

Keine 140 Prozent Aufschlag. Zu der **Notiz**: „Bis zu 140 Prozent Aufschlag soll nach der „Leipziger Volkszeitung“ die **Reichsbekleidungsstelle** erlauben“, in der **Nummer** vom 14. Juni 1918 teilt uns diese **Behörde** mit, daß dies nicht den **Tatsachen** entspreche, die **Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft**, **Geschäftsabteilung** der **Reichsbekleidungsstelle**, habe **keine Aufschläge** bis zu 140 Prozent beim **Ankauf von Herrenkonfektion** in **Konfektionsgeschäften** gestattet. Sie zahle nur solche **Aufschläge**, die sich in den **Grenzen** der **allgemein gültigen Preisbestimmungs-Vorschriften** halten.

Eine **Färberkonferenz** tagte am 16. Juni d. J. im **Berliner Gewerkschaftshaus**. Die **Arbeiterchaft** der **Groß-Berliner Färbereien** und **chem. Waschanstalten** hatte hierzu 19 **Delegierten** der folgenden **Berufsgruppen** entsendet: **Färber, Wäscher, Bügler, Wäglerninnen, Detacheusen** und **Hilfsarbeiter**, um über die **Lohn- und Arbeitsbedingungen** zu beraten. Es wurde die **angedrohte Stilllegung** der **Betriebe** besprochen und **berurteilt**, weil bis jetzt zu keiner **Beratung** die **Vertreter** der **Arbeiterchaft** eingeladen wurden. **Lebhafte Klagen** wurden geführt über die **ungleichen Lohnhöhen**. Die **Wochenlöhne** der **Färber** und **Wäscher** schwanken zwischen 40 und 80 Mk., nicht ganz so groß sind die **Schwankungen** bei den anderen **Berufsgruppen**, aber eine jede **Firma** zahle andere **Löhne** für dieselben **Arbeiten**, und die **Kundschaft** hat bei allen **Firmen** für das **Färben** und **Reinigen** der **Garderobe** gleich **hohe Preise** zu zahlen. Es wurde **beschlossen**, die **vorhandenen Arbeiterauschüsse** zu laden, um mit **denen** das **Weitere** zu beraten.

Zum Lohnabkommen in der bayerischen Textilindustrie. Wie wir unter **Augsburg** berichten, haben wieder **zentrale Verhandlungen** über die **Löhne** in der **Textilindustrie** stattgefunden. Wir veröffentlichen nachstehend das **Schlusprotokoll**: Zu Nr. 124581 K 5/18.

Das **Kriegsministerium** hat mit **Vertretern** der **Arbeitgeber** und **Arbeitnehmer** der **Papiergarn-Spinnerei, Zwirnerei** und **Weberei** **Verhandlungen** geführt, an welchen teilnahmen:

Von **seiten des K. Kriegsministeriums**: **Hauptmann d. Landw. Prinz, Leutnant d. Landw. Schaefer.**

Von **seiten des K. Staatsministeriums des K. Hauses und des Äußern**: **Dr. Ministerialrat Priem.**

Von **seiten der K. Kriegsamtstelle München**: **J. Geislinger, Revisor** bei der **Kriegsrohstoffstelle.**

Von **seiten der K. Kriegsamtstelle Nürnberg**: **Dr. Schneider.**

Von **seiten der Arbeitgeber**: **Kommerzienrat Wiedemann, Kammgarnspinnerei, Augsburg, Dr. Böhm, Geschäftsführer des Verbandes süddeutscher Textilarbeiter, Augsburg, August Brunner, Neue Baumwollspinnerei und Weberei, Hof, F. Steiner, Neue Baumwollspinnerei, Bayreuth, Adolf Glas, i. Fa. Jul. Glas, Weidenfels, S. Wenz, i. Fa. F. J. Marx, Bambrrecht, Wilhelm Saug, Augsburg, Buntweberei vorm. L. A. Niedinger, Augsburg, Kommerzienrat Barth, i. Fa. Meckan, Seilerwarenfabrik, Bamberg.**

Von **seiten der Textilarbeiterorganisationen als Vertreter der Arbeitnehmer**: **Josef Feinhals, Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Augsburg, Hugo Dressel, Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Blaun i. W., Wilhelm Deffner, Deutscher Textilarbeiterverband, Peter Geier, Bezirksleiter des christl. Textilarbeiterverbandes, Augsburg, Joh. Rothörl, Zentralverband der christl. Textilarbeiter Deutschlands, Th. Lindermayr, Gewerksverein der Textilarbeiter (S.-D.).**

Das **Ergebnis** dieser **Verhandlungen** ist in der **nachstehenden Vereinbarung** **protokollarisch** festgelegt worden.

1. Die **sämtlichen** in der **Papiergarnindustrie** beschäftigten **Arbeiter** und **Arbeiterinnen** erhalten vom **Beginne** der **nächsten Lohnperiode** ab für jede geleistete **Arbeitsstunde** einen **außerordentlichen Kriegsteuerzuschlag** von **5 Pf.**

2. **Vorstehende Vereinbarung** wird vom **Kriegsamt** des **Kriegsministeriums** allen **Arbeitgebern** mitgeteilt und die **Einhaltung** derselben **empfohlen.**

München, den 27. Mai 1918.

Gez. Dr. Böhm, W. Barth, A. Brunner, Wilhelm Saug, Steiner, S. Wenz, Theo. Wiedemann.

Gez. Josef Feinhals, Peter Geier, Th. Lindermayr, Johann Rothörl, Wilhelm Deffner, Hugo Dressel.

Zur Beglaubigung: München, den 27. Mai 1918.

Gez. Priem, Prinz.

K. Bayerisches Kriegsministerium, Kriegsamt.

Gez. Vohler.

München, den 5. Juni 1918.

An die Herren Arbeitgeber der Textilindustrie.

Betreff:

Entlohnung in der Papiergarnindustrie.

Das **Kriegsministerium** übermittelt **Abdruck** der am 27. 5. 18. getroffenen **Vereinbarungen** gemäß ihrer **Ziffer 2.**

Vohler.

Eine **Lohnkürzung** statt einer **Lohnerhöhung** sollen die meisten **Kirchberger Zuckerarbeiter** erhalten. Es fand **deshalb** am 18. Juni im „**Deutschen Haus**“ eine **überaus** gut besuchte **öffentliche Versammlung** der **Textilarbeiterchaft** von **Kirchberg** und **Umgebung** statt. Nach dem **Vericht** des **Gauleiters** **Dressel** hatten die **Arbeitgeber** für alle im **Tagelohn** beschäftigten **Arbeiter** und **Arbeiterinnen** eine **10prozentige Lohnaufbesserung** zugesagt. Dagegen für alle im **Akkord** beschäftigten unter **Wegfall** der im **vorigen Jahr** zugesagten **Teuerungszulage** eine **Lohnaufbesserung** von **33 1/2 Prozent**. In **letzterem** Falle beträgt die im **vorigen Jahr** zugesagte **Teuerungszulage** in den meisten Fällen **über ein Drittel** des **Lohnes**, und es würden bei **Annahme** des **Arbeitgeberangebotes** anstatt einer **Lohnerhöhung** eine **empfindliche Lohnkürzung** eintreten. Die **Versammlung** lehnte **deshalb** das **Angebot** der **Arbeitgeber** ab, indem sie **nachstehende** **Resolution** einstimmig annahm:

„Die **heute** am 18. Juni 1918 im „**Deutschen Haus**“ zu **Kirchberg** tagende **öffentliche Versammlung** der **Textilarbeiter** und **-arbeiterinnen** von **Kirchberg** und **Umgebung** beschließt nach **einem** **Vericht** über die **Lohnverhandlungen**, das **Angebot** der **Arbeitgeber** abzu~~lehnen~~.

Das **Angebot** der **Arbeitgeber**, welches in **Form** eines **Ultimatum**s dem **Textilarbeiterverband** **zugeandt** wurde, kann **nur** als eine **Verhöhnung** der **berechtigten Forderungen** der **Arbeiterchaft** aufgefaßt werden, indem es **nur** für einen **kleinen Teil** der **Arbeiterchaft** eine **unzureichende**, in **keiner** **Weise** den **gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen** Rechnung tragende **Lohnaufbesserung** bietet, dagegen **aber** für den **größten Teil** der **Arbeiterchaft** eine **erhebliche Lohnreduktion** in sich birgt.

Die **Versammlung** beauftragt die **Gauleitung** des **Textilarbeiterverbandes**, durch **Anrufung** **behördlicher Instanzen** sofort **weitere Verhandlungen** in die **Wege** zu **leiten** und **dafür** zu **sorgen**, daß die **berechtigten Forderungen** der **Arbeiterchaft** durch die **Arbeitgeber** **anerkannt** und zur **Grundlage** der **zukünftigen Entlohnung** **gemacht** werden.“

Die **Wirkwarenindustrie Japans**, die vor dem **Kriege** ziemlich **unbedeutend** war, hatte in der **Kriegszeit** eine **kaum** geahnte **Ausdehnung** erfahren, so daß die **Erzeugnisse** dieses **Zweiges** sogar in **größeren** **Mengen** jetzt **ausgeführt** werden. Von **größerer** **Bedeutung** für die **europäischen Wirkwarenfabrikanten** ist die **Tatsache**, daß **sämtliche japanischen Wirkwarenfabrikanten** jetzt einen **Erz** gebildet haben, und **ebenso** eine **Vereinigung** geschlossen haben, deren **Hauptzweck** darin liegt, die **Einfuhr** **ausländischer Wirkwaren** **möglichst** zu **verhindern**.

Zur **Treibriemenbeschlagnahme**. Der **Verband** der **stillsiegenden Betriebe** der **Deutschen Textilindustrie** für **Wolle** und **Halbwolle** (**Dresden**) wendet sich gegen die von der **Riemenfreigabestelle** in **Berlin** eingeleitete **Einzuehung** der **Treibriemen** aus allen **nichtbeschäftigten Betrieben** und weist auf die **daraus** für die **hiervon betroffenen Betriebe** **erwachsenden Schäden** hin. **Es sei Pflicht** der **Kriegsämter**, **solch schwerwiegende Maßnahmen**

von **neuem** zu **prüfen** und zu **ermägen**, ob es **nicht** doch **möglich** sei, die **Begnahme** **fallen** zu **lassen** oder doch durch **Beschränkung** auf **einen** **gewissen Teil** in ihrer **Wirkung** **wesentlich** zu **mildern**. Die von **Fachkreisen** geforderte **Belassung** der **Hauptriemen** und der **Abforderung** nur eines **Teiles** der **Riemen** aus allen **Betrieben** — da auch die **sogenannten Söckseilungsbetriebe** nur **einen Teil** ihrer **Betriebsrichtungen** **beschäftigen** — **müsse** als **Mindestforderung** **gelten**.

Kriegsgewinne der Textilaktiengesellschaften.

Gebhard u. Co A.-G. in **Wohwinkel**. Das **Geschäftsergebnis** für 1917 beträgt 1 512 982 (i. V. 1 464 361) **Mk.** Nach **Abzug** der **Abreibungen** mit 141 877 **Mk.** und **Remunerationen** mit 102 600 **Mk.** bleibt **einschließlich** 733 626 **Mk.** **Vortrag** ein **Reingewinn** von 2 002 131 **Mk.** **verfügbar**, woraus **wieder** 18 **Proz.** **Dividende**, mit 855 000 **Mk.**, **ausgeschüttet** werden. Es **verbleibt** nach **Verwendung** von 50 000 **Mark** für **Wohlfahrtszwecke** ein **Gewinnvortrag** von 1 092 381 **Mark**, das **sind** 23 **Proz.** des **Aktienkapitals** von 4 1/2 **Mill.** **Mark**, womit die **Verwaltung** der **ungetarnten Zukunft** **Rechnung** **tragen** **muß**. Nach dem **Geschäftsbericht** war die **Abz** **möglichkeit** für die von der **Gesellschaft** **hergestellten** **Seidenstoffe** **unbeschränkt**, die **Erzeugungsmöglichkeit** **hingegen** wurde in der **zweiten** **Jahreshälfte** **infolge** der **Rohmaterialschwierigkeiten** **ständig** **geringer**.

Gesundheitspflege.

Schutz gegen Ruhr, Typhus und Fleckfieber.

Die **Deutsche Gesellschaft** für **öffentliche Gesundheitspflege** zu **Berlin** **erörterte** die **Frage**: „**Wie** **schützen** **wir** **uns** **gegen** **Ruhr**, **Typhus** **und** **Fleckfieber?**“ **Geheimer** **Medizinalrat** **Prof. Dr. Lenz** **wies** in **seinem** **Vortrag** **hin** **auf** die **während** des **Krieges** **beobachtete**, **zeitweise** **recht** **starke** **Mehrung** dieser **Krankheiten**. In **den** **ungünstigen** **Verhältnissen** der **Kriegszeit** **liegen** auch die **Ursachen**, **unter** **denen** **besonders** zu **nennen** **sind** die **Einschleppungen** von **der** **Front** **durch** **Urlauber** und **Gefangene**, die **Verringerung** der **Widerstandsfähigkeit** der **Bevölkerung** durch die **Ernährungs** **schwierigkeiten**, die **Beeinträchtigung** der **Reinigungsmöglichkeit** durch **den** **Mangel** an **Seife**. **Dazu** **kommt**, daß **jetzt** **infolge** **Arztmangels** die **polizeiliche** **Meldung** **ansteckender** **Krankheiten** **oft** **unterbleibt** und die **bakteriologische** **Feistellung** **solcher** **Krankheiten** **erschwert** **ist**. **Bei** **Ruhr** und **Typhus** **spielt** auch die **Uebertragung** **durch** die **Fliegen**, die **durch** **ihre** **Mehrung** zu **einer** **schlimmen** **Plage** **geworden** **sind**, eine **wichtige** **Rolle**. **Beide** **Krankheiten** **werden** **dadurch** **übertragen**, daß **Teile** **von** **Kot** **des** **Kranken** **irgendwo** **in** **Mund** **und** **Wagen** **einer** **gesunden** **Person** **gelangen**. **Daher** **sei**, **betonte** **Lenz**, **Sauberkeit** **mit** **der** **beste** **Schutz**, **Sauberkeit** **besonders** **nach** **Berichtigung** **der** **Notdurft** **und** **vor** **Bereitung** **der** **Speisen**. **Eine** **schwere** **Gefahr** **geht** **von** **den** **öffentlichen** **Aborten** **aus**. **Ueber** die **Notwendigkeit**, **fleißig** **die** **Hände** **zu** **waschen**, **muße** **das** **Kind** **in** **der** **Schule**, **der** **Arbeiter** **in** **der** **Fabrik** **belehrt** **werden**. **Schon** **bei** **leichten** **Magen-** **und** **Darmerkrankungen** **sei** **jetzt** **größte** **Vorsicht** **geboten** **und** **rechtzeitige** **Hinzuziehung** **eines** **Arztes** **anzuraten**. **Auch** **gegenüber** **dem** **Fleckfieber**, **das** **durch** **die** **Kleiderlaus** **übertragen** **wird**, **ist** **Sauberkeit** **ein** **wirksamer** **Schutz**. **Die** **Entlausungsanstalten** **an** **der** **Grenze** **haben** die **Einschleppungen** **auf** **eine** **verhältnismäßig** **geringe** **Zahl** **zu** **beschränken** **vermocht**.

Berichte aus Fachkreisen.

Nachen. Wir **erlauben** **uns**, die **Mitglieder** **von** **Nachen** **auf** **eine** **recht** **wichtige** **Versammlung** **aufmerksam** **zu** **machen**, **die** **am** **Montag**, **den** **14. Juli**, **abends** **7 Uhr**, **beginnend**, **im** **Hotel-Restaurant** **Hell**, **Seilgraben**, **tagen** **wird**. **Die** **Versammlung** **ist** **diesmal** **auf** **den** **Sonntag** **Abend** **geplant**, **damit** **die** **Frauen** **der** **Mitglieder**, **ebenfalls** **erwachsene** **Familienangehörige** **daran** **teilnehmen** **können**. **Die** **Tagungsordnung** **ist** **eine** **sehr** **reichhaltige**. **Neben** **Geschäftliches** **und** **Rassenbericht** **werden** **noch** **besonders** **für** **Frauen** **zwei** **wichtige** **Frage** **behandelt**, **und** **zwar** **wird** **die** **Kollegin** **Frau** **Luise** **Schiffgen** **sprechen** **über**: „**Der** **schwere** **Stand** **der** **Arbeiterfrau** **als** **Gauswirtschafterin** **während** **des** **Krieges**“; **und** **der** **Geschäftsführer** **Kollege** **Kühnen** **wird** **die** **Abzichten** **des** **Gaus-** **und** **Grundbesitzervereins** **gegen** **die** **Wohnungs** **mieter** **in** **Form** **von** **Mietsteigerungen** **und** **Abwälzung** **aller** **Lasten** **der** **Gaubezitzer** **auf** **die** **Mieter** **gebührend** **einer** **Kritik** **unterziehen** **und** **Mittel** **zur** **Abwehr** **an** **die** **Hand** **geben**. **Kommt** **also** **zahlreich** **zur** **Versammlung** **und** **bringt** **eure** **Frauen** **und** **Töchter** **mit**.

Augsburg. Im **„Möbrentopf“** fand eine **überfüllte** **Versammlung** **der** **Textilarbeiter** **statt**, **welche** **von** **den** **drei** **hier** **am** **Ort** **bestehenden** **Organisationen** **arrangiert** **war**, **zwecks** **Berichterstattung** **über** **die** **Verhandlungen** **mit** **den** **Unternehmern** **vor** **dem** **Kriegsamt** **zu** **München** **über** **die** **Erhöhungen** **der** **Mindestlöhne**. **Gau-** **leiter** **Kollege** **Feinhals** **von** **unserem** **Verbande** **referierte** **über** **die** **Verhandlungen**. **Redner** **gab** **zunächst** **ein** **anschauliches** **Bild** **von** **den** **Lohnverhältnissen** **während** **der** **Kriegszeit**. **Im** **Hinblick** **auf** **die** **gegebene** **Kollage** **haben** **die** **Organisationen** **mit** **Hilfe** **des** **Kriegsamts** **für** **die** **Textilarbeiter** **Waperns** **Mindestlöhne** **festzusetzen** **vermocht**. **Diese** **Mindestlöhne**, **schon** **von** **vornherein** **niedrig** **genug** **standen** **in** **kurzer** **Zeit** **infolge** **der** **fortschreitenden** **Teuerung** **in** **keinem** **Verhältnis** **mehr** **zu** **der** **teuren** **Lebenshaltung**, **und** **auf** **Betrieben** **der** **Arbeiter** **stellten** **die** **Organisationen** **keim** **Kriegsamt** **bzw.** **bei** **der** **Staatsregierung** **den** **Antrag**, **die** **Mindestlöhne** **um** **20** **Proz.** **zu** **erhöhen**. **Am** **12. April** **und** **am** **27. Mai** **finden** **dieserhalb** **vor** **dem** **Kriegsamt** **in** **München** **zwischen** **den** **Vertretern** **der** **Arbeitgeber-** **und** **Arbeitnehmerorganisationen** **Verhandlungen** **statt**, **unter** **Hinzuziehung** **von** **Vertretern** **der** **Regierung**. **Das** **Resultat** **der** **vielfürigen** **Verhandlungen** **war**, **daß** **die** **Unternehmer** **sich** **bereit** **erklärten**, **einen** **Kriegszuschlag** **von** **5** **Pf.** **pro** **Stunde** **zu** **zahlen**. **Alle** **weiteren** **Vermittlungsvorschläge** **der** **Arbeitervertreter** **wurden** **glatt** **abgelehnt**. **Redner** **hat** **das** **gemachte** **Zugeständnis** **in** **keiner** **Weise** **für** **befriedigend** **und** **überläßt** **es** **der** **Versammlung**, **zu** **entscheiden**, **ob** **sie** **sich** **damit** **zufrieden** **geben**. **Zum** **Schluß** **wies** **der** **Redner** **unter** **dem** **Weifall** **der** **Versammlung** **darauf** **hin**, **daß** **an** **den** **schlechten** **Lohnverhältnissen** **sowohl** **wie** **an** **dem** **Starbinn** **der** **Unternehmer** **die** **Textilarbeiter** **selbst** **ein** **gutes** **Teil** **Schuld** **tragen**, **denn** **ein** **großer** **Teil** **haben** **lange** **Jahre** **der** **Organisation** **fernegelassen**, **und** **auch** **heute** **noch** **stehe** **ein** **Teil** **fern**, **trotz** **der** **vielen** **Neuaufnahmen** **in** **den** **letzten** **Monaten**. **Das** **muße** **anders** **werden**, **wenn** **nicht** **nach** **dem** **Kriege** **noch** **schlechtere** **Verhältnisse** **kommen** **sollen</**

einem kurzen, kernigen Schlüsselwort des Gauleiters Feinhals wurde noch vom Vorsitzenden, Herrn Geier, bekanntgegeben, daß demnach, dem Drängen der Textilarbeiter folgend, auch eine Erhöhung der Unterstützungssätze für erwerbslose Textilarbeiter vom Magistrat beschlossen wird. Hierauf fand die Entschließung von Domitz einstimmige Annahme. In derselben heißt es: „Die Arbeitererschaft hatte erwartet, daß ihr Antrag, die Löhne im allgemeinen um 20 Pf. pro Stunde zu erhöhen, ein besseres Entgegenkommen finden würde, da es bitternotwendig ist, die bestehende Unterernährung bei der Textilarbeiterschaft durch Angleichung der Löhne an die Löhne anderer Berufe einigermaßen zu mildern.“

Die Versammlung erwartet die sofortige Durchführung wenigstens der beschlossenen geringen Aufbesserung der Löhne um 5 Pf. pro Stunde, bezeichnet aber mit allem Nachdruck diese Aufbesserung als durchaus ungenügend.

Die Versammlung beauftragt ihre Organisationsleitung, sofort Schritte zu unternehmen, zu dem Zweck, daß bis spätestens 1. Oktober d. J. eine namhafte Erhöhung der gemachten Zugeständnisse eintritt, und erwartet, daß die weiteren Verhandlungen der Organisationsleiter mit den Vertretern des Kriegsministeriums und der Textilindustriellen von besserem Erfolg gekrönt sein mögen als die abgeschlossenen.

Die Versammlung beschließt, in einer demnächst abzuhaltenden allgemeinen Textilarbeiterversammlung Bericht von den Organisationsleitern zu verlangen über den Erfolg der zu unternehmenden Schritte.

Grimmischau. Eine von 700 Personen besuchte öffentliche Textilarbeiterversammlung fand am 18. Juni im „Gesellschaftshaus“ statt. Reichstagsabgeordneter Herr Jäckel sprach über: „Die deutschen Textilarbeiter und die Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden.“ Zu dieser hochwichtigen Versammlung waren auch der Stadtrat, die Stadtvorordneten, sowie der Spinner- und Fabrikantenverein eingeladen worden; sie haben aber der Einladung, wie man es ja gewöhnt ist, nicht Folge geleistet. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn in der Arbeiterklasse ein gewisses Gefühl der Verachtung ausgelöst wird, zumal, wenn man an die Worte des Kaisers und die hervorragenden Staatsmänner bei Beginn des Krieges denkt. Diese Worte sind alle umsonst gewesen. Redner behandelte das Thema in padender Weise. Ueber den sachlichen Inhalt des Referats berichten wir unter Reichsbach; wegen Raummangels müssen wir Wiederholungen vermeiden. Unsere Textilarbeiter haben aus dem Referat ersehen, wie furchtbar ernst die Zeit der Uebergangswirtschaft werden wird und wie nötig es ist, in der starken gewerkschaftlichen Organisation einen Vertreter zu bekommen, der erforderlichenfalls wirksam eingreifen kann, um auftretende Schwierigkeiten für die Existenz des einzelnen aus der Welt zu schaffen. Mehr denn je wird das Wort gelten: Vereinzelt seid Ihr nichts, vereint seid Ihr alles!

Meißen. Am 14. Juni fand im Schützenhaus zu Meißen eine von etwa 500 Teilnehmern besuchte Betriebsversammlung der Deutschen Färbepfennig- und Weberei, A.-G., in Meißen statt. Einberufen war sie vom deutschen und christlichen Textilarbeiterverband und vom Gewerbeverein deutscher Textilarbeiter, S.-D. Kollege Reichelt, Spremberg, sprach über: „Die Rohwolligkeit einer neuen Wohnerböschung.“

In der Disputation sprach Kollege Sparenberg vom christlichen Textilarbeiterverband und forderte alle Anwesenden auf, sich je nach Neigung und Ueberzeugung einem der Textilarbeiterverbände anzuschließen.

Die Versammlung beschloß einstimmig folgende Resolution bei der Firma einzureichen:

„Die am 14. Juni d. J. im Schützenhaus zu Meißen stattgefundene, sehr gut besuchte Betriebsversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der deutschen Färbepfennig- und Weberei, A.-G. in Meißen, gibt einmütig der Tatsache Ausdruck, daß die jetzt gezahlten Löhne den gesteigerten wirtschaftlichen Anforderungen nicht entsprechen.“

Die Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel sind meist um das fünf- und sechsfache gestiegen. Die allerwichtigsten Anschaffungen erfordern eine weitere Einschränkung der ohnehin ungenügenden Ernährung.

Um dieses Mißverhältnis einigermaßen auszugleichen, wird der Wunsch ausgesprochen, die jetzt gezahlten Löhne, außer den Feuerzuzulagen, für männliche Arbeiter um 30 Prozent und für weibliche Arbeiter um 40 Prozent zu erhöhen, sowie für Ueberstunden vor der normalen Arbeitszeit und bis abends 8 Uhr einen Zuschlag von 50 Prozent, nach 8 Uhr abends und für Sonntagsarbeit einen solchen von 75 Prozent zu gewähren. Frauen, die Männerarbeit verrichten müssen, erhalten einen weiteren Zuschlag von 10 Prozent.

Die Versammelten erjuchten die geehrte Direktion, den geäußerten Wünschen der Arbeiterschaft bis zum 20. Juni Nachsicht zu tragen und evtl. Verhandlungen darüber mit dem Arbeiterschiedsgericht und den beauftragten Vertretern der Arbeiterorganisationen zu betätigen.“

Kollege Winkler ging in seinem Schlüsselwort auf die Pflichten der Arbeiterschaft ein, die unbedingt geschlossen und einig hinter den Forderungen stehen müssen, wenn ein Erfolg erzielt werden soll. Die Einigkeit habe den früheren Erfolg gebracht, sie allein verspreche auch diesmal allein einen solchen. Weiter legte er den nichtorganisierten Kollegen und Kolleginnen nahe, endlich dem Beispiel der übrigen zu folgen und sich zu organisieren. Die Nichtorganisierten sollten sich nicht immer von dem andern Lohnzulagen erregen lassen, selbst aber müßig abseits stehen. Ein derartiges Gebahren sei unwürdig.

Meißen. Am Sonnabend, den 8. Juni, fand im Restaurant zum König eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung der Gruppe Meißen statt. Kollege Winkler berichtete über die Landesversammlung in Dresden. Die Versammlung nahm den Bericht mit Beifall zur Kenntnis und erklärte sich mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden. Besonders erklärte die Versammlung alles zu tun, um dem Deutschen Textilarbeiterverband zu stärken.

Den Bericht von der Gaukonferenz erstattete ebenfalls der Kollege Winkler. Auch mit den Beschlüssen der Gaukonferenz war man einverstanden, zumal mit der Beiseitigung der 35-Pfennig-Klasse für weibliche und der 45-Pfennig-Klasse für männliche Mitglieder bereits am 1. Januar 1918 begonnen worden war. Auch stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß in Meißen ebenfalls weitere Lohnerhöhungen erstrebt werden müßten.

Unter Verbandsangelegenheiten wurde zunächst die Gruppenleitung durch Neuwahl ergänzt, eine neue Unterkassiererin best. und ein gemeinschaftlicher Ausflug beschlossen. Weiter wurde für den Herbst eine Abendunterhaltung beschlossen und hierzu eine Kommission zur Vorbereitung gewählt.

Friedland. In der letzten Mitgliederversammlung referierte Kollege Frisch über: „Die Lage der Textilarbeiter und die Leinenkonferenz in Berlin.“ Der Redner ging zunächst auf die allgemeine Lage der Textilindustrie ein, die er auf Grund der Geschäftsberichte der Aktiengesellschaft als äußerst glänzend bezeichnete. Neben der Auszahlung hoher Dividenden werden auch noch große Abschreibungen gemacht, um die Gewinne nicht gar so hoch erscheinen zu lassen. Da als Abnehmer heute nur der Staat in Betracht komme, so muß mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Privatunternehmer dieselben Geschäfte machen als die Aktiengesellschaften. Leider haben die Arbeiter an dieser guten Geschäftsjunktur wenig oder gar keinen Anteil, was besonders für Schlefien zutrifft. Die Arbeiterschaft ist an diesen Zuständen leider nicht unschuldig, weil sie infolge mangelhafter Organisation nicht in der Lage ist, den notwendigen Druck nach dieser Richtung auszuüben. Wie wertvoll die Organisation für die Textilarbeiterschaft ist, wies er an einem

treffenden Beispiel bei der Firma Salzmann in Raffel nach. Dort ist es gelungen, für die männlichen Arbeiter eine stündliche Feuerzuzulage von 32 Pf. und für die Arbeiterinnen eine solche von 27 Pf. zu erreichen. Die schlechten Verhältnisse in Schlefien hemmen auch die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen in anderen Bezirken, weil die Unternehmer bei den Verhandlungen stets auf die niedrigen Löhne in Schlefien hinweisen. Es sei die höchste Zeit, daß sich die schlefischen Textilarbeiter und speziell die von Friedland auf ihre Pflicht besinnen und samt und sonders ihren Anschluß an die Organisation, den Deutschen Textilarbeiterverband vollziehen. Zur Leinentonferenz, die am 23. Juni in Berlin tagt, sei es notwendig, einwandfreies Material zu liefern, um auf diese Weise den klaren Beweis für die ungünstige wirtschaftliche Lage der Textilarbeiter führen zu können. Zum Schluß wies der Redner noch auf die Tatsache hin, daß eine Verbesserung des Arbeitslozes der Textilarbeiter nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit und des Staates liege, was er unter dem Beifall der Versammlung einwandfrei begründete.

Reichenbach i. B. Am Sonnabend tagte eine gut besuchte öffentliche Textilarbeiterversammlung in der „Neuen Welt“. Reichstagsabgeordneter und Zentralvorstandsmitglied Herrmann Jäckel sprach über das Thema: „Uebergangswirtschaft, Arbeiterschaft und Arbeitssammler-Gesellschaft.“ Er besprach zunächst die Folgen des furchtbaren Krieges, der die Proletarisierung des übergroßen Teiles des sogenannten Mittelstandes zur Folge hat und andererseits unermeßliche Kapitalien in weniger Hände als vordem konzentriert. Die ganze Umwälzung der Produktion und Stilllegung einer Masse von Betrieben sowie Herausreibung von Betriebsmaterialien stelle die fernere Existenz vieler Betriebe nach dem Krieg überhaupt in Frage. Ganz besonders schwer sei durch diese kriegswirtschaftlichen Maßnahmen die Textilindustrie betroffen und erfordere dementsprechend auch weitgehende Entschädigungs- und Unterstützungsmaßnahmen der in Frage kommenden Unternehmer und der gesamten Arbeiterschaft. Die Wiederüberleitung in Kulturarbeit und Sicherstellung vieler Laufender zurückflutender Textilarbeiter und besonders Arbeiterinnen aus den Munitionsbetrieben und Nähmaschinenbetrieben, sowie aller Kriegsteilnehmer erfordere eine großzügige Vorbereitung, zu denen in erster Linie Vertreter der Arbeiterschaft, um deren Wohl und Existenz es sich handelt, in mindestens gleicher Anzahl der Unternehmervertreter, zugezogen werden müßten. Aber davon wolle man leider, besonders in dem industriereichen und wiederum textilindustriereichen Sachsen, am wenigsten wissen und nach wie vor die Arbeiterschaft zwangsweise hebrornunden, trotz der beispiellosen Aufopferung ihrer Arbeitskraft und großen Entbehrungen. Es sei daher Pflicht der Staatsgewalt, die Arbeiterschaft in ihren Rechten zu unterstützen, ihre Organisationsvertreter ebenso zu respektieren als die der Arbeitgeber, die allgemeine Arbeitszeit — der geschwächten Volkskraft entsprechend — festzulegen auf höchstens acht Stunden pro Tag und damit das wertvollste Gut der Nation, die Arbeiterschaft, vor Vernichtung zu bewahren. Vor allem sei allen zurückflutenden Arbeitern und Kriegern eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung zu gewährleisten, bis sie in geordnete Arbeitsverhältnisse übertreten sowie Existenz und Arbeitsfähigkeit gesichert ist. Der Referent kritisierte dann scharf die Rückständigkeit der Kapitalisten und der Regierung in Sachen des Arbeitskammergesetzes. Er fand auch dabei reichen Beifall. Der Einberufer, Kollege Hausold, sagte das Referat in einem Resümee zusammen und bemerkte, daß daraus die ganze sogenannte Neuorientierung einer Kata Morgana gleiche, welche gewisse Rechtsverleihungen für die Arbeiterschaft wohl von weitem erblicken lasse, aber nach langem Hoffen nichts übrig bleibe. Nachdem vom Kollegen Schirmer noch ein für die Reichstauer Arbeiterschaft günstig verlaufenes Schlichtungsausschussverfahren erwähnt wurde, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem nochmaligen Hinweis der gewerkschaftlichen Organisationsnotwendigkeit und aufmerksamem Lesen der Fachzeitung „Textilarbeiter“, welcher stets hochinteressante Leitartikel und Berichte (Schreibe, besonders aber sei die Nr. 23 zu beachten mit dem Aufsatz „Arbeitslosenunterstützungen in England gegenüber Deutschland“.

Sorau. Am 28. Februar d. J. reichten die Arbeiterschlüsse sämtlicher Leinenbetriebe an den Fabrikantenverein ein Gesuch um eine 50prozentige Lohnerhöhung ein. In einer am 9. April vom Fabrikantenverein einberufenen Sitzung, wozu auch unser Geschäftsführer geladen war, erklärten die Herren einmütig, daß eine allgemeine Lohnerhöhung nicht eintreten könnte; es solle vielmehr nur ein Ausgleich auf die am schlechtesten bezahlten Löhne stattfinden. In der darauf am 10. April stattgefundenen großen Versammlung der Textilarbeiterschaft erklärte sich diese einstimmig mit dem Resultat nicht einverstanden. Sie beauftragte in einer am 24. April stattgefundenen Sitzung die Leitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, die Lohnangelegenheit dem Schlichtungsausschuss zur weiteren Verhandlung zu unterbreiten. Dem Geschäftsführer E. Müller wurde Vollmacht erteilt, um die Arbeiterschaft bei den stattfindenden Verhandlungen zu vertreten. Nach gemachter Eingabe dieses Beschlusses an den Schlichtungsausschuss ging dem Geschäftsführer vom Schlichtungsausschuss ein Schreiben folgenden Wortlauts zu:

Einberufungs- und Schlichtungsausschuss im Bezirk des Bezirkskommandos Guben, Alte Poststraße 2, Telefon 443, Tgb. No. 37. Sch.

Guben, den 15. Mai 1918.

Herrn Emil Müller, Sorau.
Zusolge Ihres Schreibens vom 30. 4. d. J. ist mit dem vorliegenden Fabrikantenverein Fühlung genommen worden und schreibt uns der Vorsitzende des Vereins, Herr S. Neumann, unter dem 15. 5. cr., daß eine solche Lohnerhöhung Ende April resp. Anfang Mai erfolgt ist und daß in unseren Fabriken volle Zufriedenheit, in einigen bedingte Zufriedenheit erreicht worden ist. Eine Erhöhung von 50 Proz. konnte wohl niemals ernstlich in Frage kommen. Wir bitten Sie um eine Erklärung, ob Ihre Eingabe vom 30. 4. 18 dadurch Erledigung gefunden hat.
Der Vorsitzende, Hammer, Hauptmann.

Hierzu ist zunächst zu bemerken: Wie sieht denn die Lohnzulage aus?

Den Webern ist so gut wie nichts zugelegt worden. Zwei Arbeitgeber haben die bis dahin gezahlten Prozente in Grundlohn umgerechnet, und so ist der alte Lohn geblieben.

Die im Wochenlohn arbeitenden Personen erhielten eine Zulage von zwei Mark pro Woche, und da sprechen die Herren Fabrikanten von einer Lohnzulage!

Auf dieses Schreiben faßten die Ausschussmitglieder den Beschluß, den schärfsten Protest gegen die Erklärung des Fabrikantenvereins zu erheben. Dem Schlichtungsausschuss ging ein weiteres Schreiben mit folgendem Wortlaut zu:

An den Schlichtungsausschuss, a. S. des Vorsitzenden Herrn Hammer, Guben, Alte Poststr. 2, Sorau, den 26. 5. 1918, Zu Tgb. No. 55. Sch.

Bezugnehmend auf das gefällige Schreiben vom 16. 5. d. J. erheben die Ausschussmitglieder der hiesigen Leinenbetriebe den schärfsten Protest gegen die vom Vorsitzenden des Fabrikantenvereins, Herrn S. Neumann, an den Schlichtungsausschuss gemachten Angaben. Die Lohnzulage ist so minimal, daß nicht einmal eine bedingte Zufriedenheit unter der Arbeiterschaft der Leinenbetriebe Soraus besteht. In der am 22. 5. d. M. stattgefundenen Sitzung der Ausschussmitglieder bejahenden dieselben darauf, die Lohnunterschiede dem Schlichtungsausschuss zu unter-

breiten und sie zu erforschen, eine Verhandlung mit den Arbeitgebern der Leinenbetriebe herbeizuführen.

J. A.: Emil Müller.
Auf diese Eingabe erhielt die Leitung ein abermaliges Schreiben vom Schlichtungsausschuss, welches lautet:

Herrn E. Müller! Wir bestätigen den Eingang der Zuschrift vom 26. 5. d. M. und erjuchen Sie, uns borerst mitteilen zu wollen, welche Betriebe der Leinenindustrie in Frage kommen.
Der Vorsitzende, Hammer, Hauptmann.

Nach Erfüllung dieses Verlangens ging der Organisationsleitung folgendes Schreiben zu:

Einberufungs- und Schlichtungsausschuss im Bez. des Bezirkskommandos Guben, Alte Poststr. 2, Telefon 443, Tgb. No. 37. Sch.

Guben, den 8. Juni 1918.

Herrn Emil Müller, Sorau.
Auf die Eingabe vom 26. 5. d. J. wird Ihnen hierdurch mitgeteilt, daß nach einem Bericht des Herrn S. Neumann, Vorsitzenden des dortigen Fabrikantenvereins, am 5. Juni eine Fabrikantenvereinbarung stattgefunden hat. In derselben erklärten alle anwesenden Herren, daß sich in den Betrieben in der Zwischenzeit kein Arbeiterschlüssel gemeldet hat, der noch weitere besondere Lohnaufbesserungen gefordert hätte. Die vielleicht noch unzufriedenen Arbeiter dürften sich hauptsächlich nur aus denjenigen Leuten rekrutieren, die infolge Alters, körperlicher Gebrechen und zum Teil Unterernährung in ihren Leistungen, folge dessen auch Verdienst, stark beeinträchtigt sind. Da demnach den Betriebsinhabern von weiteren Lohnforderungen nichts bekannt ist, so dürfte es sich wohl empfehlen, bevor der Schlichtungsausschuss eingreift, daß die Arbeiterschlüssel borerst sich mit ihren Betriebsinhabern ins Benehmen setzen.

Der Vorsitzende, Hammer, Hauptmann.
Auf solche Antwort waren die Leitung des Verbandes sowie auch die Ausschussmitglieder nicht vorbereitet. Spricht nicht die bitterste Not aus den Angaben der Fabrikantenvereinbarung? Gewiß, die Sorauer Textilarbeiterschaft ist zum größten Teil alt und grau geworden in den Betrieben. Die alten, mit körperlichen Gebrechen behafteten Textilarbeiter haben den Fabrikanten den Geldschrant füllen helfen und es liegt an der schlechten Entlohnung unserer Textilarbeiter, daß dieselben an Unterernährung und Leiden o. Jhr Herren Mitglieder des Fabrikantenvereins, die heimkehrenden jüngeren Arbeitskräfte werden Euch diese Worte des obigen Schreibens tausendmal zum Wortwurf machen. Sie werden mit den jetzt gezahlten Löhnen nicht einverstanden sein. Vor allem aber, Ihr Kollegen und Kolleginnen, die Ihr noch zu Hause eure Arbeitskraft dem Unternehmertum opfert, erkennt den Wert der Organisation! We, die Ihr derselben noch fernsteht, schließt Euch der Organisation an, dann werden solche Zumutungen wie obige unterbleiben.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 30. Juni, lit der 26. Wochenbeitrag fällig.

Monatliche Arbeitslosenzählung.
Für die Juniabzählung ist Sonnabend, der 29. Juni, Stichtag. Zur Einfindung gelangt die gelbe Karte. Pünktliche Einfindung erforderlich.
Der Vorstand.

Abwesenheitsänderungen.

Gau 8. Grimmischau. Die Kollegin Wilhelmine Jschode, Stamm-Nr. 206 386, eingetretet am 7. 12. 1903 in Grimmischau, hat ihr Mitgliedsbuch als verloren gemeldet; wir bitten, selbiges für ungültig zu erklären.
J. Löbenitz, Vorsitzender und Kassierer.

Totenliste.

Geforderte Mitglieder.
Augsburg. Anna Schmoboda, Nähungsarbeiterin, 48 J., Lungenleiden, Katharina Wächter, Hilfsarbeiterin, 51 J., Lungenleiden.
Chemnitz. Karl August Braue, Anleger, 23 J. Franz Geier, Andree, 26 J. Paul Fleming, Färber, 48 J. Walter Bauer, Handschuhzschneider, 26 J.
Grimmischau. Hedwig Weller, Zürrnerin, 22 J. Bruno Winter, Appreturgehilfe, 29 J., gestorben infolge einer im Felde zugezogenen Krankheit.
Delmenhorst. Heinrich Graf, 47 J., Lungenentzündung.

Privat-Anzeigen.

(Kostenbetrag ist im Voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Berlin.

Am Donnerstag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, bei Nowotnik, Langestr. 30:

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Quartalsbericht.
2. Geschäftliche Angelegenheiten.
3. Vortrag des Gauleiters Kollegen Franz Kogler: „Die Lage der Textilarbeiter und die drohende Kleiberenteignung.“
Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 29. Juni.

Verlag: Carl Hübsch. — Verantwortlich für die mit O versehenen Artikel Herrmann Krüger, für alles andere Paul Bagener. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.